

P r o t o k o l l  
über die öffentliche Sitzung  
des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr  
der Stadt Georgsmarienhütte vom 13.12.2021  
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181

**Anwesend:**

Vorsitz

---

Beermann, Volker

Mitglieder

---

Sprekelmeyer, Stephan

Bölscher, Johannes

Büter, Rainer

Dierker, Heinz

Kir, Emine

Lietzke, Fabio

Lorenz, Robert

Müller, Arne

Steinbrink, Tanja

Többen, Reinhard

Wallenhorst, Sandra

Weckermann, Irina

Verwaltung

---

Bahlo, Dagmar, Bürgermeisterin

Dimek, Torsten

Sydekum, Britta

Baumann, Jörg

Brune, Theresa

Protokollführung

---

Kocnev, Anna

Presse

---

Elbers, Wolfgang

**Beginn:** 18:15 Uhr

**Ende:** 19:38 Uhr

## Tagesordnung

<b>TOP</b>	<b>Betreff</b>
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 09/2021 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 15.11.2021
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Erhöhung der Zuwendung für die Dorfentwicklungsmaßnahme "Gestaltung Dorfplatz Kirchstraße"
3.2.	Konzepterstellung "LEADER"
3.3.	Kasinopark Holsteteich
3.4.	Ausweisung FFH Schutzgebiet Düte und Nebengewässer
4.	79. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bereich Medizinisches Zentrum Harderberg Vorlage: BV/302/2021
5.	Bebauungsplan Nr. 298 "Medizinisches Zentrum Harderberg" - Aufstellungsbeschluss Vorlage: BV/293/2021
6.	Bau einer Lärmschutzwand vor der „Milchhofbrücke“ an der B 51 – Mitteilung Sachstand Vorlage: MV/037/2021
7.	Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen / Die Linke: "Innenstadt-Projekte" Vorlage: BV/295/2021
8.	Beantwortung von Anfragen
8.1.	Baulücken und Innenentwicklungsflächen Kloster Oesede
9.	Anfragen
9.1.	Bürgerbeteiligung zu dem Neubauprojekt "Dröper-Mitte"
9.2.	Halteverbot in der Rostocker Straße
9.3.	Radweg zwischen Alt-Georgsmarienhütte und Holzhausen
9.4.	Einladung der Vertreter des Tinyhaus-Verbandes

**1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende Beermann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Ratsherr Sprekelmeyer trägt eine Anmerkung zu der Tagesordnung vor. Er schlägt vor die Tagesordnungspunkte 4 und 5 zusammen zu beraten. Dem Vorschlag wird zugestimmt. Die Tagesordnung einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

**2. Genehmigung des Protokolls Nr. 09/2021 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 15.11.2021**

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

**Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:**

Das Protokoll Nr. 09/2021 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 15.11.2021 wird bei 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

**3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung**

**3.1. Erhöhung der Zuwendung für die Dorfentwicklungsmaßnahme "Gestaltung Dorfplatz Kirchstraße"**

Bereits im Jahr 2019 hat die Stadt Georgsmarienhütte einen Förderantrag für die Maßnahme „Gestaltung Dorfplatz Kirchstraße“ gestellt. Der Antrag wurde am 01.04.2020 positiv beschieden. Die ursprünglich kalkulierten Kosten für die Umsetzung der Maßnahme beliefen sich auf 726.533,08 Euro. Somit belief sich die Höhe der zugesprochenen Zuwendung auf 385.062,53 Euro. Angesichts der enormen Preissteigerungen in den betroffenen Segmenten haben sich die Umsetzungskosten erhöht. Daraufhin hat die Verwaltung mit dem Datum vom 28.09.2021 einen Antrag auf Erhöhung der Zuwendung beim Amt für regionale Landesentwicklung gestellt. Mit Bescheid vom 26.11.2021 hat die Förderbehörde der Erhöhung der Zuwendung entsprochen. Die zuwendungsfähigen

Gesamtausgaben belaufen sich nun auf 1.023.871,29 Euro. Die Zuwendung wurde auf den höchstmöglichen Zuwendungsbetrag von 500.000,00 Euro angehoben.

### **3.2. Konzepterstellung "LEADER"**

Wie in Rahmen der vergangenen Fachausschusssitzung am 15.11.21 vorgestellt, wird die ILE-Region zu einer LEADER Region umgewandelt. Hierfür ist die Fortschreibung des vorliegenden Integrierten Entwicklungskonzeptes (ILEK) zu einem regionalen Entwicklungskonzept (REK) erforderlich.

Die Fortschreibung des Konzeptes soll in einem mehrstufigen Verfahren vollzogen werden. Zunächst dürfen sich die Bürger\*innen in den Prozess einbringen, indem sie Ihre Vorschläge und Anregungen mittels einer Internetplattform einreichen. Diese Ideen werden gesammelt und im Rahmen der sogenannten Thementische von den Experten diskutiert.

Folgende Thementische wurden festgelegt:

1. Erholungsraum (Naherholung, Tourismus und Kultur)
2. Naturraum (Klima,- Natur,- und Umweltschutz)
3. Sozialraum (Soziale Infrastruktur und Gemeinschaft)
4. Lebensraum (Daseinsvorsorge, Mobilität und Lebensmittelpunkte).

Jede Kommune darf Kandidaturen für oben genannte Thementische vorschlagen. Die Stadt Georgsmarienhütte hat unter anderem die Klimaschutzmanagerin, die Gleichstellungsbeauftragte, den Ehrenamtslotsen, den Umweltbeauftragten, einen Vertreter des Seniorenbeirates, die Jugendpflegerin und den Behindertenbeauftragten benannt. Im Rahmen der Thementische werden die von den Bürgern und Bürgerinnen vorgeschlagene 6 Themen diskutiert und selektiert. Das Ergebnis der Thementisch-Gespräche wird an die Bürger\*innen in Form einer Regionskonferenz zurückgespiegelt. Im Anschluss tagt die Lokale Aktionsgruppe (LAG, bestehend aus den Bürgermeister\*innen und weiteren Akteuren). Diese stimmt die Strategie ab und geht die Förderbedingungen und -tatbestände durch.

Auf Basis der Ergebnisse aus der Beteiligung und der Diskussion wird ein regionales Entwicklungskonzept (REK), welches bis zum 30.04.22 der Förderbehörde vorzulegen ist, erarbeitet.

### **3.3. Kasinopark Holsteteich**

Der Baum im Bereich zwischen Holsteteich und Wassertretstelle wird aus Verkehrssicherheitsgründen gefällt, da er stark geschädigt ist.

Die Fällung steht nicht im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Wassertretstelle.

### **3.4. Ausweisung FFH Schutzgebiet Düte und Nebengewässer**

Wie in der Sitzung am 04.10.2021 angekündigt, ist die „Verordnung über die einstweilige Sicherstellung des geplanten Naturschutzgebietes „Aue der Düte mit Nebengewässern“ in den Gemeinden Hilter und Hasbergen, den Städten Bad Iburg und Georgsmarienhütte im Landkreis Osnabrück und in der Stadt Osnabrück“ am 09.12.2021 in Kraft getreten.

Die Verordnung tritt spätestens 2 Jahre nach ihrer Verkündung außer Kraft. Sie kann einmalig bis zu 2 Jahre verlängert werden.

Die einstweilige Sicherstellung dient dazu, eine Gefährdung des Schutzzweckes der beabsichtigten endgültigen Unterschutzstellung zu verhindern.

Die im Rat am 27.06.2019 und 12.09.2019 gefassten Beschlüsse zur erweiterten Gebietsabgrenzung werden im nachfolgenden Ordnungsverfahren durch den Landkreis Osnabrück weiterhin berücksichtigt.

## **4. 79. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bereich Medizinisches Zentrum Harderberg Vorlage: BV/302/2021**

Zunächst weist der Ausschussvorsitzende Beermann daraufhin, dass wie zu Beginn der Sitzung verabredet dieser und der nächste Tagesordnungspunkt gemeinsam beraten werden.

Frau Sydekum trägt danach in Anlehnung an die entsprechende Beschlussvorlage vor.

Das Thema wurde bereits am 13.10. und 27.10.21 im Rahmen des Berichts der Bürgermeisterin in den Verwaltungsausschusssitzungen vorgestellt. Es wurde der Wunsch nach Einleitung des Bauleitverfahrens für den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan geäußert, um den Standort des Krankenhauses für die Zukunft zu sichern.

Zum Hintergrund führt Frau Sydekum aus, dass das Klinikum mit dem Wunsch einer vorübergehenden Parkplatzerrichtung für den Zeitraum der Umbaumaßnahme auf die Verwaltung zugekommen ist.

Im Rahmen der weiteren Gespräche wurde deutlich, dass in dem Bereich weitere Maßnahmen zum Zwecke der Erhaltung des Krankenhausstandortes erforderlich sind. Einen Teil des Flächennutzungsplanes machen Landwirtschafts- und Waldfläche aus. Dort gibt es bereits Bebauungen, welche auf Grundlage einer Befreiung errichtet werden konnten. Das Instrument der Befreiung kann die Entwicklung der Flächen nicht mehr sicherstellen. Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung eine Flächen- und Bebauungsplanänderung vor.

Ratsherr Sprekelmeyer ist überrascht, dass hier von einer Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes gesprochen wird. Er habe angenommen, dass die Änderung zum Zwecke der Schaffung von vorübergehenden Parkplätzen aufgrund der prekären Parksituation erforderlich sei.

Herr Dimek erläutert, dass die Notwendigkeit der Änderung des FNP und des B-Planes bereits in der Verwaltungsausschusssitzung erörtert wurde. Es gehe darum die Potenziale

der Fläche herauszuarbeiten und die Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung der Krankenhausfläche zu schaffen.

Ratsherr Sprekelmeyer könne diese Idee überhaupt nicht unterstützen. Der Bebauungsplan wurde bereits im März 2020 insofern geändert, dass die dort vorhandene Waldfläche zum Zwecke der Parkplatzerrichtung umgewidmet wurde. An dieser Stelle soll ein mehrstöckiges Parkhaus errichtet werden. Er könne nachvollziehen, dass in dem Bereich eine schwierige Parksituation herrscht. Diese müsse entschärft werden. Er unterstütze dennoch die Umwidmung einer landwirtschaftlichen Fläche in einen Bebauungsplan nicht. Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 von der Tagesordnung zu nehmen. Die Verwaltung der Stadt soll mit der Verwaltung des Krankenhauses über Alternativlösungen zu der Parkproblematik beraten. Aus der Beschlussvorlage gehen keine Alternativen hervor. Einen Shuttle-Service hält Ratsherr Sprekelmeyer für ungünstig. Gerade vor dem Hintergrund des in dem Bereich liegenden Wasserschutzgebietes (Einzugsgebiet des Brunnens) käme eine Überplanung des Gebietes aus seiner Sicht nicht in Frage.

Vorsitzender Beermann führt aus, dass über den Antrag den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen im Anschluss an die Beratung über das Thema abgestimmt wird.

Herr Dimek erläutert, dass die Verwaltung im Vorfeld Gespräche mit allen in irgendeiner Art und Weise tangierten Behörden (vornehmlich Wasserschutz- und Naturschutzbehörde) geführt hat. Diese können sich grundsätzlich die Umsetzung vorstellen. Letztlich sei das Ergebnis des Bauleitverfahrens wie sonst auch offen.

Frau Sydekum ergänzt, dass die involvierten Behörden sich für eine dauerhafte Lösung und nicht für ein Provisorium ausgesprochen haben. Der Aufbau eines Provisoriums wäre genauso aufwendig wie die Umsetzung einer dauerhaften Lösung.

Herr Dimek fügt hinzu, dass der Wunsch nach einer langfristigen Lösung für den Krankenhaussandort aus der Politik kam.

Ratsherr Müller bedankt sich für die ausgiebigen Ausführungen im Rahmen der Verwaltungsausschusssitzung zu dem Thema. Es wurde berichtet, dass es im Grunde nicht viele Alternativen gibt. In das Verfahren steige man ergebnisoffen ein. Die „Wasserproblematik“ werde im Rahmen des einzuleitenden Verfahrens akribisch geprüft. Darauf solle vertraut werden. Derzeit ist es so, dass es einen kostenfreien und einen kostenpflichtigen Parkplatz gebe. Der kostenlose Parkplatz ist ganztägig belegt. Es wäre wünschenswert, dass den Mitarbeitenden in der Zukunft kostenlose Parkplätze zur Verfügung gestellt werden könnten, um unter anderem dem Parkdruck auf dem kostenfreien Parkplatz entgegenzuwirken.

Vorsitzender Beermann gibt den Vorsitz an Ratsherrn Sprekelmeyer für eine Wortmeldung ab.

Ratsherr Beermann spricht sich für die Einleitung des Verfahrens aus. In dem Bereich gehe es nicht ausschließlich um die Parkplätze, sondern um eine mittel- bis langfristige Lösung für diesen Standort. In der Vergangenheit wurde verhältnismäßig oft über die Bereiche rund ums Krankenhaus gesprochen. Erst vor Kurzem wurde der Anbau an die Rettungswache mittels einer Befreiung in dem Bereich ermöglicht. Vor dem Hintergrund der Bedeutsamkeit des Standortes soll der Bereich nun in seiner Gänze betrachtet werden. Des Weiteren verweist Ratsherr Beermann auf zwei Sachen in der Beschlussvorlage, die aus seiner Sicht ganz wichtig sind. Zum einen weist er daraufhin, dass eine Planungskostenübernahme zwischen der Stadt und dem Krankenhaus vereinbart wird. Zum anderen wird das Klinikum in die Pflicht genommen, verbindliche Aussagen in Hinsicht auf die zukünftige Entwicklung des Areals zu treffen.

Ratsfrau Weckermann führt aus, dass es laut der Vorlage zunächst nur um die Schaffung der Ersatzparkplätze gehe. Aus der Vorlage gehe jedoch nicht hervor, dass es hierbei um Zukunftserweiterungen gehe. Die Niels-Stensen-Kliniken sollen ihre Zukunftspläne in Form von angestrebten Projekten darlegen und Umsetzungschancen abwägen. Ihre Fraktion gehe mit der Beschlussempfehlung vor dem Hintergrund der fehlenden Konkretisierung der Entwicklung nicht mit. Der Rat soll über die Pläne der Klinik informiert werden.

Herr Dimek stellt richtig, dass der Wunsch nach langfristiger Entwicklung der relevanten Flächen aus der Politik kam. Es war nicht so, dass die Klinikleitung auf die Verwaltung zugekommen ist und die Umsetzung weiter bestimmter Vorhaben in absehbarer Zeit vorgeschlagen habe. Hier gehe es um die Umsetzung eines konkreten Vorhabens, dennoch sollte auch der Ausblick in die Zukunft genommen werden.

Ratsherr Sprekelmeyer äußert den Wunsch, dass die Verwaltung die Entwicklung in Folge der B-Plan-Änderung aus dem Jahr 2020 darlegt. Zudem soll dargestellt werden welche Maßnahmen bereits umgesetzt wurden und welche Flächen weiterhin zur Verfügung stehen. Er fragt nach einer Begründung für die noch nicht erfolgte Realisierung des Parkhauses.

Herr Dimek erklärt, dass die Errichtung eines Ersatzparkplatzes für die Zeit der Neuerrichtung des Parkhauses mit so hohen Auflagen verbunden gewesen wäre, dass der 9 ursprünglich Plan aufgegeben wurde und jetzt an der Stelle des geplanten Ersatzparkplatzes als dauerhafte Lösung das Parkhaus gebaut werden soll.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Vorsitzender Beermann lässt über den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes abstimmen.

Bei 1 Nein-Stimme und 12 Ja-Stimmen sprechen sich die Ausschussmitglieder für eine Vertagung der Abstimmung über den TOP und die Behandlung des TOP in einer der nächsten Fachausschusssitzungen aus.

**5. Bebauungsplan Nr. 298 "Medizinisches Zentrum Harderberg" - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: BV/293/2021**

Dieser TOP wurde gemeinsam mit dem vorhergehenden TOP beraten. Bei 1 Nein-Stimme und 12 Ja-Stimmen sprechen sich die Ausschussmitglieder für eine Vertagung der Abstimmung über den TOP und die Behandlung des TOP in einer der nächsten Fachausschusssitzungen aus.

**6. Bau einer Lärmschutzwand vor der „Milchhofbrücke“ an der B 51 – Mitteilung Sachstand  
Vorlage: MV/037/2021**

Herr Baumann trägt in Anlehnung an die entsprechende Beschlussvorlage vor und erläutert das Vorhaben anhand der eingestellten Entwurfsskizze.

Perspektivisch soll vor der B51 nicht nur eine Wand, sondern auch ein Wall gebaut werden. Es soll ein schalldichter Übergang geschaffen werden. Aus diesem Grund werde die zu bauende Wand einen „Knick“ erhalten. Es handelt sich hierbei um eine Lärmschutzwand mit

einer Höhe von ca. 4 m. Weiter nördlich befindet sich ein Haus mit einer Garage. In dem Bereich vor dem Haus und vor der Garage werde eine Aluminiumwand gebaut. In dem Bereich der Weidenstraße wird dann der Bau der Lärmschutzwand fortgeführt. Diese wird entlang der Fahrbahn in der Weidenstraße gebaut. Das hat zur Folge, dass die Straße in dem Bereich sehr schmal wird. Dort würden sich zwei Sackgassen ohne Wendemöglichkeit anbieten. Der letzte Abschnitt zwischen der Weidenstraße (Gewerbegrundstück) und der Milchhofbrücke wird ebenfalls mit der Lärmschutzwand bebaut. Die derzeit vorhandene Gehwegbreite (Treppe von der B51-Brücke runter) könne nicht mehr realisiert werden. Unmittelbar an der Wand würde ein Grünstreifen in der Breite von 1,30 Metern entstehen. Der Gehweg werde entsprechend nur 1 Meter breit sein. Es wäre schön, wenn dieser noch erweitert werden könnte. Hierzu werden Gespräche mit dem Eigentümer des Gewerbegrundstückes geführt. Es soll über einen Ankauf eines 1 Meter breiten Streifen für die Erweiterung des Gehweges gesprochen werden. Zu der B51 werde eine 4 Meter hohe Wand entstehen. Vor dem Gewerbegrundstück werde sich eine Zaunanlage befinden. Die Zeitplanung für die Umsetzung der Maßnahme ist der Vorlage beigefügt. Wie bereits in der letzten Sitzung des Fachausschusses berichtet, ist noch eine endgültige Absprache mit dem Straßenbauamt in Osnabrück zu treffen. Die Abwasserkanäle werden seitens der Stadtwerken angepasst. Hierzu finden Absprachen mit den Versorgungsträgern statt. Zudem müssen noch weitere Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern geführt werden. In der Planungsphase ist ein Bauantrag zu stellen. Anschließend ist ein Ausschreibungsverfahren einzuleiten. Die Fertigstellung der Maßnahme ist für den Herbst 2022 angedacht.

Herr Dimek ergänzt, dass die Fläche im Bereich des „Knicks“ einer Privatperson gehört. Hier ist bereits über einen Flächentausch gesprochen worden.

Ratsherr Müller bedankt sich für den Vortrag. Er fragt, ob die Weidenstraße in Form einer verkehrsberuhigten Einbahnstraße nach der Verengung weitergeführt werden könne.

Herr Baumann antwortet, dass die Durchfahrt bei der geringen Durchfahrtbreite problematisch sei. Dieser Ansatz kann dennoch mit dem Planungsbüro erörtert werden.

Ratsherr Müller fährt fort, dass es sich anbieten würde die Straße nach dem Firmenverkehr auszurichten, damit dieser nicht umgelenkt werden müsse. Die Einbahnstraße müsse mit einem LKW-Verkehrsverbot versehen werden. Er wünscht eine Prüfung des Vorschlags.

Ratsherr Sprekelmeyer führt aus, dass derselbe Aspekt auch in seiner Fraktion diskutiert wurde. Er spricht sich für die Einbahnstraßenregelung aus. Er fragt, ob es eine Möglichkeit gebe für die Umsetzung der Maßnahme Fördermittel einzuwerben.

Herr Dimek antwortet, dass der Stadt aufgrund der nicht gegebenen Erforderlichkeit der Maßnahme keine Fördermittel gewährt werden.

Ratsherr Dierker fragt, ob die Bürger über das Vorhaben informiert werden.

Herr Dimek antwortet, dass die Bürger bereits heute im Rahmen einer öffentlichen Fachausschusssitzung informiert werden. Zudem ist eine Anliegerversammlung geplant.

Ratsherr Sprekelmeyer merkt an, dass es schön wäre, wenn die Möglichkeit der Einbahnstraßenregelung bis zu der Anliegerversammlung geklärt werden könnte.

Herr Baumann erklärt, dass er beabsichtige eine Information dazu zu der nächsten Fachausschusssitzung in Form einer wichtigen Mitteilung vorzubereiten.

Ratsherr Bölscher fragt, ob der Lärmschutzwall bis zu der Talbrücke gehen soll.

Herr Dimek antwortet, dass davor noch ein Durchlass käme. Der Lärmschutzwall werde über diese Brücke gespannt. Für die Errichtung des Walls soll der Aushub aus dem Regenrückhaltebecken Gartmannsbach II verwendet werden. Der Wall gehe bis zu dem sogenannten Durchlass.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**7. Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen / Die Linke:  
"Innenstadt-Projekte"  
Vorlage: BV/295/2021**

Ratsfrau Weckermann trägt in Anlehnung an den entsprechenden Antrag vor.

Der Antrag sei aus den Gesprächen zwischen der Citygemeinschaft und der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke erwachsen. Im Rahmen der Gespräche ist diskutiert worden, dass es zu diesem Thema Sofortprojekte brauche. Vor dem Hintergrund des Baus des neuen Edeka-Marktes müssen innerhalb der nächsten 2 Jahre zumindest einige davon umgesetzt werden.

Man habe das Problem, dass die City der Stadt Georgsmarienhütte immer kleiner werde und stets Geschäfte schließen. In 2 Jahren habe man vor dem Hintergrund des Neubaus des Marktes eine einmalige Chance, den Missständen entgegenzuwirken. Diese Chance sollte unbedingt ergriffen werden.

Der Antrag beinhaltet Maßnahmvorschläge. Ratsfrau Weckermann bedankt sich bei der Verwaltung für eine sehr ausführliche Stellungnahme zu dem Antrag. Bei dem Konzept, welches noch zu erstellen ist, handelt es sich um eine langfristige Strategie. Dennoch muss die Stadt unverzüglich tätig werden und auf Veränderungen reagieren.

Danach geht Frau Weckermann auf die Punkte aus den Antrag ein.

Punkt 1 des Antrags sieht die Beseitigung der Barrikade im Mündungsbereich Graf-Stauffenberg-Straße/Glückaufstraße vor. Insbesondere die Situation der Fußgänger und Radfahrer müsse verbessert werden. Hierzu sollte die Querungshilfe zu Edeka/Dütmann neugestaltet werden.

Der nächste Punkt betrifft den Kirmesplatz an der Graf-Staufenberg-Straße. Dieser Bereich sollte zur Bebauung mit Geschäften und Gastronomie als Bindeglied zwischen Edeka/Dütmann und den Geschäften an der Oeseder Straße freigegeben werden. Hierbei geht es aber noch nicht um endgültige dauerhafte Lösungen, sondern mehr um Pop-up-Konzepte.

Punkt 3 des Antrags ist die Schaffung Gestaltung von Grünflächen in der City, z.B. in Kooperation mit der Kirchengemeinde durch eine evtl. sukzessive Reduzierung der Friedhofsfläche. Dies angesichts der Beerdigungstendenzen derzeit. Langfristig könnte ein Friedhof in Oesede reichen. Die Begrünung trägt, so Frau Weckermann, unter anderem zur Temperaturregulierung im Sommer bei.

Ein weiterer Punkt des Antrags ist die Verbreiterung (z.B. Dröper Kirchweg) und der sichere Ausbau (z. B. Peter+Paul-Kreuzung) der Radwege in der Stadt. Es geht hierbei um keinen großflächigen Ausbau der Radwege, sondern um eine kurzfristige Lösung, die die Situation entschärfen würde.

Der letzte Punkt des Antrags enthält die Prüfung, ob die Einbeziehung der Fläche Oeseder Straße zwischen Glückaufstraße und Uthmann (Fussgängerzone während des Wochenmarktes) ausreichend Platz schafft, sodass der Wochenmarkt wieder auf dem Roten Platz mit mehr Atmosphäre stattfinden kann. Es hat mehrere Vorteile, den Markt auf dem Roten Platz zu platzieren, wie z.B. die Nutzung der Oeseder Straße als Flaniermeile nach dem Einkauf auf dem Wochenmarkt.

Zum Ende des Vortrags betont Frau Weckermann, dass es bei den vorgetragenen Punkten ausdrücklich um Anregungen handele.

Herr Dimek erläutert, dass die Umsetzung der Maßnahme Nr. 1 bereits stattfindet. Der Auftrag an die Baufirma ist erteilt. Die Querungshilfe ist bereits vorhanden. Diese kann nicht in dem Bereich, wo künftig der Fahrzeugverkehr stattfindet, verlegt werden. Dort könne auch kein Zebrastreifen angebracht werden.

Maßnahme 2, die Bebauung des Kirmesplatzes zu temporären Zwecken, sei aufgrund der vorhandenen Infrastruktur schon heute möglich. Eine dauerhafte Lösung, wie im Antrag vorgeschlagen, würde dem Innenstadtentwicklungskonzept vorgereifen.

Ratsherr Spreklemeyer ist über den Antrag verwundert. Frau Sydekum hat das Konzept ausgiebig vorgestellt. Die vorgetragenen Punkte sind nicht schlecht. Viele davon werden bereits bearbeitet oder werden im Prozess der Erstellung des Innenstadtentwicklungskonzeptes berücksichtigt. Die Umsetzung temporärer Maßnahmen auf dem „Kirmesplatz“ sei jederzeit möglich. Die Leitungen und Anschlüsse sind dort vorhanden. Die Insel (Zugang Dütmann) müsse, nachdem der Markt fertig gestellt ist, noch mal überdacht werden.

Er schlägt vor, den von der Verwaltung vorgeschlagenem Weg weiter zu verfolgen.

Ratsherr Müller führt aus, dass sich in der Glückaufstraße nach der Fertigstellung des Edeka-Centers was tun werde. Er als Fußgänger meidet derzeit diesen Bereich, weil er sich dort aufgrund der Enge unwohl vorkomme.

Er unterstütze den Vorschlag zu den Popup-Stors, dennoch ist die Zeit angesichts der Corona-Pandemie nicht die günstigste.

Das Thema Radverkehr in Georgsmarienhütte findet er interessant. Es habe sich schon immer dafür eingesetzt. Es fehlen sichere Radwegverbindungen im ganzen Stadtgebiet. Im Rahmen des Innenstadtentwicklungskonzeptes könne das Thema Mobilität mit dem Fahrrad etwas größer angesetzt werden.

Ratsfrau Weckermann weist daraufhin, dass man hier von keinen neuen Erkenntnissen spreche. Der Antrag ist aus den Gesprächen mit der Citygemeinschaft entstanden. Die Citygemeinschaft ist auf die Grünen zugegangen und hat sie gebeten, aktiv zu werden. Der Wunsch ist es, einige der ohnehin geplanten Maßnahmen vorzuziehen und bereits in den nächsten 2 Jahren umzusetzen. Man dürfe die Entwicklungen (Bau des neuen Edeka-Center und die damit verbundene höhere Frequentierung) nicht verpassen. Das sei die Intention des Antrages.

Herr Dimek führt aus, dass Mobilität, insbesondere Fahrradmobilität, ein wichtiges Thema für die Stadt Georgsmarienhütte sei. Es gebe eine halbe offene Stelle in seinem Fachbereich, die Anfang des kommenden Jahres mit einem Mobilitätsmanager\*in besetzt werden soll.

Er weist darauf hin, dass im Rahmen des Innenstadtentwicklungsprogramm nur Maßnahmen gefördert werden können, die in dem dazugehörigen Bereich liegen. Es gibt eine klare Abgrenzung, die im Rahmen der Antragstellung festgelegt wurde. Im nächsten Schritt muss ein Innenstadtentwicklungskonzept erarbeitet werden. Es wurden bereits Angebotsabfragen gemacht. Die Verwaltung wartet auf Angebote.

Ratsherr Lorenz kommt auf dem Markt zu sprechen. Der Wochenmarkt hat in früheren Jahren auf dem Roten Platz stattgefunden. Dieser war sehr attraktiv und hat überregional Besucher angezogen. Nun hat Georgsmarienhütte aus seiner Sicht keinen Wochenmarkt mehr. Die Stadt hat nun Verkaufsbuden auf einem Parkplatz.

Das Marktpublikum hat nachgelassen. Zum einen sind die Preise für die Produkte enorm gestiegen. Zum anderen ist die Platzierung des Marktes nicht optimal. Im Sommer ist es aufgrund des fehlenden Schattens sehr warm und im Winter aufgrund des fehlenden Windschutzes sehr kalt. Das führt dazu, dass die Besucher nicht lange auf dem Markt bleiben.

Der Markt geht zurück. Die Stadt darf den Markt nicht verkommen lassen. Es gebe für ihn nur einen Ausweg; der Markt muss wieder nach vorne.

Der seinerzeit von der Feuerwehr vorgebrachte Einwand gegen die Platzierung des Marktes auf dem Roten Platz ist aus seiner Sicht kein gewichtiges Argument, dies nicht zu tun. Er habe die Absicht, demnächst einen Antrag zur Verlegung des Marktes zu stellen.

Herr Dimek antwortet, dass die Verwaltung nichts gegen die Verlegung des Marktes auf den Roten Platz habe. Der Antrag spreche dennoch auch von einer Straßensperrung. Der Markt solle unter anderem auf der Oeseder Straße stattfinden und diese soll gesperrt werden. Diese Konstellation ist bereits vor 1,5 Jahren beraten und seinerzeit zurückgestellt worden.

Ratsherr Lorenz betont, dass er nur vom Markt gesprochen habe. Die Details könnten zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden.

Ratsherr Sprekelmeyer schließt sich der Meinung von Ratsherr Lorenz an. Er ist dafür, dass der Markt nach vorne verlegt wird. Über die Straßensperrung könnte zur gegebenen Zeit mit den Anliegern gesprochen werden. Er fragt, wie man bei diesem Antrag weiterverfährt. Er fragt, ob man gegebenenfalls mit der Frage der Marktverlegung beginnen möchte.

Ratsherr Büter ist auch der Meinung, dass der Markt wieder nach vorne muss. Optional kann der Platz hinter dem Rathaus schicker gestaltet werden. Die Fahrzeuge (Verkaufsbuden)

werden immer schwerer, was dazu führen kann, dass man mit diesen nicht auf den Roten Platz drauffahren kann. Man solle bei dieser Frage unbedingt die Marktbeschricker mitnehmen.

Vorsitzender Beermann gibt den Vorsitz an Ratsherr Sprekelmeyer für eine Wortmeldung ab.

Ratsherr Beermann nimmt Stellung zu den einzelnen in dem Antrag aufgeführten Punkten. Bei der Querungshilfe solle der Schwerpunkt unter anderen auf Fußgänger aber auch Radfahrer gelegt werden, was er sehr begrüßt. Eine Querungshilfe gibt es nach Aussage von Herr Dimek bereits. Der zukünftige Ausgang aus dem Edeka-Markt werde nach seinem Wissensstand weiter östlich sein. An dieser Stelle wäre man in dem Kurvenbereich. Er habe es so verstanden, dass eine Querung als Verlängerung aus Sicherheitsgründen nicht gehe. Dies wäre nicht die optimale Lösung. Der Handlungsbedarf ist dennoch offensichtlich.

Die Bebauung der „Kirmesplatzfläche“ ist etwas für eine langfristige Lösung. Es werde nicht so sein, dass der Edeka-Kunde nach dem morgigen Einkauf direkt in einem Pop-Up-Store shoppen gehen werde.

In Bezug auf die Anlegung von Grünflächen müsse die Kirchengemeinde gesprochen werden.

Die Verlegung des Marktes habe die SPD/FDP-Gruppe vor 1,5 Jahren mit derselben Begründung beantragt. Am 29.6.2020 wurde der Antrag mehrheitlich zurückgestellt. Er möchte keine Vorwürfe machen, dennoch dürfen die Anträge nicht abgelehnt werden, weil diese aus der „vermeintlich falschen politischen Richtung“ kommen. Er appelliert an die Anwesenden, dass so etwas in der aktuellen Legislaturperiode vermieden werden sollte.

Herr Dimek weist daraufhin, dass der Fachbereich II sich derzeit um den Markt kümmert. Es bildet sich demnächst auch ein Fachausschuss mit Themen des Fachbereiches II. Die erste Sitzung soll Anfang 2022 stattfinden. Er schlägt vor, das Thema Wochenmarkt an den Fachausschuss II zur weiteren Beratung weiterzugeben.

Herr Baumann führt aus, dass der Parkplatz hinter dem Rathaus neu asphaltiert wurde. Es habe auch Gespräche mit dem Fachbereich II stattgefunden. Das Meinungsbild der Marktgeschicker über die Marktverlegung ist nicht einheitlich (50/50).

Ratsherr Sprekelmeyer erklärt, dass die SPD/FDP-Gruppe damals ein ganzes Paket und nicht nur die Verlegung des Marktes auf den Roten Platz beantragt habe. Das gesamte Paket sei seinerzeit abgelehnt bzw. zurückgestellt worden.

Vorsitzender Beermann antwortet, dass es sich um zwei verschiedene Anträge gehandelt habe.

Ratsfrau Weckermann stimmt der Aussage von Herrn Baumann zu. Das Meinungsbild der Marktgeschicker ist nicht einheitlich. Die Stadt muss die Entscheidung treffen, da die Stadt den Markt retten muss. Die Stadt muss in diesem Fall eigennützig handeln.

Ratsherr Büter ist der Meinung, dass man nach vorne schauen muss und nicht nach hinten. Es sollte der von der Verwaltung vorgeschlagene Weg weitergeführt werden. Über die abgelehnten Anträge zu diskutieren, sei nicht zielführend.

Bürgermeisterin Bahlo ergänzt, dass seinerzeit die KFZ-Zulassungsstelle auf dem Roten Platz war. In dieser Zeit konnte während des Wochenmarktes der Eingangsbereich zugestellt werden. Nun wurde diese ins Rathaus verlegt. Dies hat zur Folge, dass man zukünftig ggf. zwei oder sogar drei Stellplätze weniger hat, da dort nun ein Reisebüro angesiedelt sei. Die Eingangsfront muss freigehalten werden.

Ratsherr Lorenz hält die Freihaltung des Eingangs nicht für erforderlich. Im Herbst ist er auf einem Markt in Celle gewesen. Die Fronten der Geschäfte waren ebenfalls mit Marktständen zugestellt. Trotz dieser Einschränkung haben sowohl die Geschäfte als auch der Markt funktioniert.

Bürgermeisterin Bahlo ist der Meinung, dass der Eingang freigehalten werden muss.

Vorsitzender Beermann fasst die diskutierten Punkte als Meinungsbild wie folgt zusammen:

Einmündungsbereich:

Die baulichen Maßnahmen sind erörtert worden. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf Fußgänger und Radfahrer. Sobald der Plan für den Neubau vorliegt und es deutlicher wird, ob die Erforderlichkeit der Verlegung der Querungshilfe gegeben ist, müsste ein Gespräch mit der Straßenverkehrsbehörde geführt werden und die Möglichkeit der Verlegung besprochen werden.

Ratsfrau Weckermann wünscht sich breitere Querungshilfe, insbesondere für die aufstehenden Fahrräder.

Herr Dimek antwortet, dass dies ohne Aufweitung der Straße schwierig sei.

Popup-Bebauung Kirmesplatz:

Hier solle beim Vorliegen konkreter Anträge wohlwollend entschieden werden.

Grünflächen:

Hierzu sind Gespräche mit der Kirchengemeinde zu führen.

Radwege:

Diese sind ein Bestandteil des Innenstadtentwicklungskonzeptes. Zudem soll hier in der nahen Zukunft eine Personalveränderung stattfinden (Mobilitätsmanager\*in)

Wochenmarkt:

Die Zuständigkeit liegt beim Fachbereich II. Das Thema soll zunächst Anfang nächsten Jahres im Fachausschuss II beraten werden.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

## **8. Beantwortung von Anfragen**

### **8.1. Baulücken und Innenentwicklungsflächen Kloster Oesede**

In der Fachausschusssitzung vom 4.10.2021 hat Ratsfrau Wallenhorst die Verwaltung gebeten, einen Plan zu erstellen, welcher darstellen soll, wo genau in Kloster Oesede eine Wohnverdichtung vorgenommen werden kann. Zudem wollte Sie wissen, welche dieser Bereiche sofort bebaut werden können.

#### **Antwort der Verwaltung:**

Frau Sydekum hat einen Plan erstellt und zeigt anhand dessen die Bereiche auf, in welchen eine Wohnverdichtung vorgenommen werden könnte. Grün gekennzeichnete Bereiche sind ohne Bebauungsplanänderung, sprich sofort bebaubar. Um die blau gekennzeichneten Bereiche bebauen zu können, müsste eine Bebauungsplanänderung beschlossen werden. Der Plan wird allen Fraktionen zur Verfügung gestellt.

## **9. Anfragen**

### **9.1. Bürgerbeteiligung zu dem Neubauprojekt "Dröper-Mitte"**

Ratsherr Dierker fragt, wann eine Bürgerbeteiligung/Informationsveranstaltung für die Anlieger des Neubauprojektes im Ortsteil Dröper geplant sei.

#### **Antwort der Verwaltung:**

Herr Dimek antwortet, dass die Veranstaltung am 22.12. stattfindet. Der Termin wird im „BlickPunkt“ bekanntgegeben. Die direkten Anlieger werden zudem persönlich angeschrieben.

### **9.2. Halteverbot in der Rostocker Straße**

Ratsherr Büter fragt, wie gegen die Nichteinhaltung des absoluten Halteverbotes in der Rostocker Straße vorgegangen werden könne. Er schlägt vor gegebenenfalls „Knölchen“ zu verteilen.

#### **Antwort der Verwaltung:**

Herr Dimek weist darauf hin, dass derzeit ein Ausbau der Anbindung zu dem Baugebiet „Östlich Buchgarten“ stattfindet. Dort sollen unter anderem neue Parkplätze entstehen, welche die Parkproblematik an der Rostocker Straße entschärfen dürften.

### **9.3. Radweg zwischen Alt-Georgsmarienhütte und Holzhausen**

Ratsherr Müller fragt, ob das Projekt „Ausbau des Radweges zwischen Alt-Georgsmarienhütte und Holzhausen“ endgültig stillgelegt sei. Ihm sei bekannt, dass das Projekt aufgrund der Nichtzustimmung von zwei Anliegern nicht umgesetzt werden konnte. Er fragt, ob es sinnvoll wäre ein erneutes Gespräch mit den Anliegern zu suchen.

#### **Antwort der Verwaltung:**

Herr Dimek antwortet, dass die Aussage der Anlieger endgültig sei. Trotz der Anpassung/Umlegung der Wegeführung hat das Projekt keine Zustimmung bei den Anliegern gefunden. Die Verwaltung wäre dennoch bereit erneut ein Gespräch zu suchen. Es müsse zeitnah überlegt werden, ob das Geld in den Haushalt 2022 eingestellt werden solle.

### **9.4. Einladung der Vertreter des Tinyhaus-Verbandes**

Ratsherr Beermann fragt, ob zu der nächsten Fachausschusssitzung ein Vertreter des Tinyhaus-Verbandes eingeladen werden könnte.

#### **Antwort der Verwaltung:**

Die Verwaltung wird versuchen, einen Vertreter zu der nächsten Sitzung einzuladen.

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

Vorsitzender Beermann schließt um 19:38 Uhr die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmenden für die Mitarbeit.

gez. Beermann  
Vorsitz

gez. Dimek  
i. A. Bürgermeisterin

gez. Kocnev  
Protokollführung